

wjetunion, teils durch eine Neustrukturierung des verbleibenden Staatsgebiets; Auflösung bzw. demokratische Kontrolle der alten Machtapparate; Verstärkung der geistig-kulturellen Öffnung, Ausbau der Öffentlichkeit) stünde der Sowjetunion bzw. den aus ihrer Erbmasse entstehenden Staaten oder Konföderationen ein höchst unsicherer und entbehrungsreicher Weg bevor, den westliche Hilfe zwar in vieler Hinsicht erleichtern, aber nicht ersparen könnte. Wenn schon in den überschaubaren postkommunistischen Ländern Mittel- und Osteuropas der Übergang zu Demokratie und Marktwirtschaft strukturell und mentalitätsmäßig weit schwieriger ist als in der ersten Phase der Wende vielfach angenommen wurde, um wieviel mühsamer würde sich ein radikaler Wandel in der riesigen Sowjetunion gestalten. ru

Versuchungen

Die Anfälligkeit von Politikern für das große Geld

Als *Lothar Späth* wegen „privater“ Verwicklungen mit honorigen Unternehmern und gestrauchelten Wirtschaftsmanagern von seinem Amt als Ministerpräsident von Baden-Württemberg zurücktrat, stimmten Freund und Gegner des Gestürzten in zwei Punkten so gut wie vollständig überein: Späth sei ein herausragender und lange Zeit auch erfolgreicher, auf jeden Fall verdienstvoller Landesregierungschef gewesen. Dennoch habe er sein Amt aufgeben müssen, weil er den *Maßstab* dafür verloren habe, was für einen für die Politik eines Landes Verantwortlichen im Umgang mit Vertretern von Wirtschaftsunternehmen geht oder nicht geht. Niemand hat ihm Bestechlichkeit oder Käuflichkeit vorgeworfen, auch dort nicht, wo von einzelnen Medien oder einzelnen Journalisten alles Mögliche gemutmaßt wurde. Letztlich sei Späth allein an seinem Unvermögen gescheitert, in seinem Verhältnis zur Wirtschaft poli-

tische Aufgaben und private Interessen auseinanderzuhalten. Allein die Tatsache, daß er angebotenen Gefälligkeiten nicht zu widerstehen wußte, vielmehr am gegenseitigen Geben und Nehmen zwischen Wirtschaft und Politik – selbstverständlich zum größeren Wohl des Landes – nichts Anstößiges fand, habe ihn in seinem Amt unmöglich gemacht.

Entsprechend könnte man sagen, das meiste an Späths Fall ergebe sich aus dessen umtriebiger Persönlichkeit und dem *persönlichen Politikverständnis*, nach dem Politik- und Wirtschaftsmanagement offenbar mehr oder weniger nach denselben Erfolgsregeln abzurollen haben. Dennoch ist an ihm auch so manches Typische, was weit über den Einzelfall hinausreicht. Da ist ein Politiker, der allmählich den Boden unter den Füßen verliert, der bald zwischen öffentlichen Aufgaben und privaten Zusammenhängen nicht mehr zu unterscheiden weiß, der sich ins Schlepptau von Unternehmern und Managern im Industrienmilieu begibt, der erst dort so recht sein Gleich auf Gleich erlebt und der sich schließlich, als es sich zu verteidigen oder zu rechtfertigen gilt, im Tone des Nichtverstehens der politischen Gemeinwesenarbeit eine *Blöße* gibt, wie sie größer nicht sein könnte: Die Wirtschaft und die führenden Leute dort verfügten über ganz andere Möglichkeiten als sie einem Politiker auch seines Zuschnitts zur Verfügung stünden, und dieser Möglichkeiten könne, ja müsse sich der Politiker, wo sie ihm angeboten würden, als Teil der Wahrnehmung seiner Aufgaben auch bedienen.

Unbedarfter und zugleich penetranter läßt sich Abhängigkeit der Politik von der Wirtschaft, lassen sich *Unterlegenheitsgefühle politischer Funktionsträger gegenüber Wirtschaftsführern* kaum dokumentieren. Der gemeine Mann muß sich angesichts solcher „Offenbarungen“, noch ehe er sich über den angeblich amtsnotwendigen oder funktionsangemessenen Lebensstilzuschnitt von Politikern und Wirtschaftlern ärgert, in allen seinen Vorurteilen darüber, wer im Gemeinwesen wirklich das Sagen hat, die Parlamente und Regierun-

gen oder die Wirtschaft und die Verwaltungen, in jeder Hinsicht bestätigt fühlen. Wie sich das auf die Beurteilung von Regierung und Gesetzgebung durch die Bevölkerung und auf die Einschätzung von Politik insgesamt auswirkt, kann sich jedermann ausmalen.

Aber noch sehr viel typischer, wenn in dieser Beziehung auch ganz und gar nicht herausragend, ist der Fall Späth noch in einem allgemeineren Sinne. Gemeint ist die doch recht *erstaunliche Verführbarkeit von Politikern durch Geld*. Diese wird immer wieder in den unterschiedlichsten Varianten sichtbar und bezieht sich keineswegs nur auf das gerne Sich-aushalten-Lassen durch vermögende „Freunde“ aus der Wirtschaft. Der Segeltörn Späths im Mittelmeer und dessen von Wirtschaftsmanagern bezahlte Luxusreise nach Fernost sind nicht gerade isolierte Erscheinungen. Unwillkürlich kommen einem ganz anders gelagerte Vorgänge aus der Vergangenheit in den Sinn, an denen einst zwei Bundestagspräsidenten gescheitert sind: *Eugen Gerstenmeiers* Versorgungsansprüche und *Rainer Barzels* Beraterverträge. Aber auch viele Fälle von weniger Bekannten ließen sich aufzählen. Daß solche unter Christdemokraten auffallend häufiger auftraten als bei anderen Parteien, mag Zufall sein oder auch an einem einseitig wahrnehmenden Gedächtnis liegen. Auffallend ist es trotzdem. Sollten Christdemokraten, gelegentlich zu Unrecht als „Wirtschaftspartei“ beschimpft, für den Mammon besonders anfällig sein oder mehr als andere den Eindruck haben, sie seien für ihren politischen Job unterbezahlt und hätten folglich ein Recht, zum großformatigeren Lebensstil von Wirtschaftsmanagern und Konzernherren aufzuschließen?

Es brauchen diesbezüglich aber keine besonderen *Betrachtungen über das „C“* angestellt, und es braucht auch nicht darüber fantasiert zu werden, welche Leute in welchen Parteien nun mehr oder weniger anfällig sind. Verheerend ist allein schon die Tatsache, daß es immer wieder Politiker gibt, die das politische Risiko, das sie dabei eingehen, nicht abhält, sich zu Lasten ihres

politischen Amtes oder Mandats auf suspekten, aber vorteilhafte Begünstigungen durch Dritte, nicht selten durch Subventionsträger, einzulassen. Mag nun der einzelne Politiker käuflich sein oder nicht, es genügt, daß sich ein solcher Eindruck festsetzt, um Politik vollends zu diskreditieren.

Gewiß läßt sich darüber streiten, ob Politiker im Verhältnis zu Spitzenleuten in der Wirtschaft unterbezahlt sind. Daß Fußballtrainer über ein höheres Gehalt verfügen als der Bundeskanzler – ohne daß es ihnen im Gegensatz zum Verhalten gegenüber Politikern jemand neidet –, sagt einiges über Verwerfungen in unserem gesellschaftlichen Wertgefüge aus. Der regelmäßig wiederkehrende Vorwurf der Selbstbedienung von Parlamentariern durch Diätenerhöhung ist gemessen daran sicher ganz und gar unangebracht. Aber die Einkommensverhältnisse auch der Berufspolitiker sind hierzulande wenigstens dennoch so gestaltet, daß sie nicht nur ein standesgemäßes „honeste vivere“, sondern auch die nötige Unabhängigkeit gegenüber jeder Sorte von Interessenvertretern ermöglichen, wenn dabei *politische* und nicht höchst individuelle Lebensstilkriterien angelegt werden.

un

Gedankenlos

Das deutsche Schweigen zum Konzilsjubiläum

Am 8. Dezember waren es 25 Jahre seit dem Ende des Zweiten Vatikanischen Konzils. Grund genug, nicht nur des Konzils zu gedenken, sondern sich auf die von ihm ausgehenden Impulse zurückzubedenken, geistlich und intellektuell Atem zu holen und neue Kraft für den künftigen Weg zu schöpfen. War das Zweite Vatikanum doch nicht nur ein tiefer Einschnitt, der katholisches Leben fast in allen Bereichen und Äußerungsformen grundlegend verändert hat, sondern neben dem Entstehen und der Fortentwicklung der Ökumenischen Bewegung das wichtigste Ereignis in der Christenheit

des zu Ende gehenden Jahrhunderts. Doch siehe: Eine Kirche und eine Gesellschaft, die sich sonst keinen auch nur irgendwie greifbaren Gedenktag entgehen lassen, machten ausgerechnet von diesem nicht nur kein Aufheben, sondern begegneten ihm so, als ob das letzte Konzil schon weit zurükläge in der Geschichte und die Christenheit heute so gut wie nichts mehr angehe.

Einige obligate kurze Gedenkartikel in den diversen Zeitungen, ein paar Zwischenrufe aus der Ökumene zum Konzil einst und zum katholischen Gang der Dinge heute, die eine oder andere mahnende Erklärung von katholischen Außenseiterorganisationen, sonst bekam man kaum etwas darüber zu hören oder zu lesen. Keine Feiern, kaum Rückfragen, geschweige denn solche, die das Zweite Vatikanum aus 25 Jahren Distanz in seinen geschichtlichen Dimensionen und Grenzen erscheinen ließen. Auch zentralkirchlich nur eine kurze, unbedeutende Ansprache des Papstes im Rahmen eines Gottesdienstes in der Basilika Santa Maria Maggiore, und in Deutschland *kein Wort der Bischöfe, keine zitierbare Äußerung aus dem Zentralkomitee*, auch nicht von dessen letzter, kurz vor dem Gedenktag abgehaltenen Vollversammlung, obwohl das ZdK in letzter Zeit und überhaupt mit Papieren und Briefen nicht gerade zurückhaltend ist.

Warum diese Laut- und Sprachlosigkeit? Es gibt dafür einleuchtende Gründe und Erklärungen. Gesamtkirchlich wurde vor fünf Jahren der zwanzigste Jahrestag des Konzilsbeschlusses für eine geistliche Rückbesinnung mit ebenso unauffälligen wie wirksamen Korrekturen genutzt durch eine *außerordentliche Bischofssynode*, die auch die Ortskirchen in Bewegung brachte und auf diese zurückwirkte. Damit mochte der Bedarf an Gedenken und die Kraft der Erinnerung einer neuen kirchlichen Generation erschöpft sein. Außerdem war das Jahr durch anderes wahrlich bewegt genug, besonders in Europa, ganz besonders in Deutschland, verbunden mit ganz neuen, ungewohnten institutionellen, sozialen und geistigen Her-

ausforderungen. Man konnte es auf dem *Katholikentag in Berlin* mit Händen greifen. Da gab es zwar eine sog. Werkstatt Zweites Vatikanum, mit ausgeklügeltem Programm sogar. Aber postiert weit ab vom übrigen Geschehen, teilweise in den Dachkammern der Technischen Universität, konnte „Konziliares“ kaum Aufmerksamkeit wecken, wurde völlig von Modethemen und vom politischen Tagesgeschehen überrollt. Selbst Bischöfe, auch besonders renommierte, sprachen vor halb- oder dreiviertelereeren Sälen. Und es fehlte die Rückbindung in den Gesamttablauf. Kein einziger Offizieller ging in den Großveranstaltungen auch nur mit einem Satz auf das Konzil ein.

Freilich war es nicht überall ganz so wie in Deutschland, in den USA nicht, in Frankreich nicht, in Italien nicht, wo die Bischöfe in ihrem neuesten, zum 8. Dezember veröffentlichten Pastoralrundschreiben (vgl. ds. Heft, S. 64 ff.) zwar auch das Konzil nicht durch eine x-te Nachkonzilsbilanz thematisierten, aber den richtigen Ton fanden, der erkennen läßt, wie sehr trotz der Bremswirkungen jahrhundertalter Traditionen unter den Anstößen des Zweiten Vatikanums neues kirchliches Leben entstanden ist, das es zu entfalten, zu hegen und zu pflegen gilt. Und *in Österreich*, in Ansätzen auch in der Schweiz gab es während der letzten Monate sogar eine sehr lebhaft diskutierte, in der gegen neotraditionalistisches Denken und die zentralkirchlich induzierten Involutionerscheinungen vom Zweiten Vatikanum her bewußt Gegenakzente gesetzt wurden. Beispielhaft deutlich wurde dies bei der Eröffnungsveranstaltung zum Tag der Steiermark, einer Art diözesanem Langfristkatholikentag, auf der bezeichnenderweise *der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz* eine bemerkenswert gründliche, in einzelnen Sätzen kämpferische Festrede über „Evangelium und Dialog“ als Rückblick auf das Zweite Vatikanum hielt (vgl. ds. Heft, S. 84 ff.).

Warum aber das so auffällige Schweigen, oder soll man sagen Gedankenlosigkeit gerade in Deutschland und